

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kontrollen verstärken – Höhere Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten, Schulen, Kitas und Senioreneinrichtungen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, insbesondere an Unfallschwerpunkten mehr Kontrollen z. B. durch regelmäßige Polizeikontrollen oder Installation weiterer stationärer Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen durchzuführen. Darüber hinaus sollen vor sensiblen Orten (z.B. vor Schulen, Kitas, Senioreneinrichtungen etc.) wieder mehr mobile Geschwindigkeitsmessungen erfolgen.

Ziel der intensivierten Überwachung ist es, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, die Schwere von Unfallfolgen zu minimieren und die nachhaltige Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer auf ein rücksichtsvolles Verkehrsverhalten.

Dem Abgeordnetenhaus ist 3 Monate nach der Beschlussfassung zu berichten.

Begründung:

Der Einsatz von Kontrollen an Unfallschwerpunkten hat sich in der Vergangenheit als probates Mittel zur Erhöhung der Verkehrssicherheit erwiesen. Dabei sind durch die Kontrollen alle Verkehrsteilnehmer wie z.B. Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger zu einem rücksichtsvollen Verkehrsverhalten zu sensibilisieren.

Durch Gefahrenabwehr und Prävention kann der Berliner Straßenverkehr deutlich verbessert werden. Dazu müssen Verkehrsverstöße, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, weiterhin konsequent geahndet werden. Dies gelingt jedoch nur, wenn eine effektive Verkehrsüberwachung durch die Polizei sichergestellt wird.

Im Jahr 2016 sind durch die 15 stationären Anlagen zur Rotlichtüberwachung 66 % aller festgestellten Rotlichtverstöße von Autofahrern registriert worden. Dies zeigt die Effektivität dieser Anlagen, lässt aber auch den Schluss zu, dass sehr viele Rotlichtverstöße an den zahlreichen Berliner Ampelkreuzungen gar nicht erfasst und geahndet werden. Durch die stationären Geschwindigkeitsmessanlagen sind knapp 30 % aller registrierten Geschwindigkeitsverstöße festgestellt worden. Allerdings sind die Einsatzzeiten der mobilen Blitzer in den letzten Jahren leider kontinuierlich gesunken. Das lässt auch hier vermuten, dass sehr viele Geschwindigkeitsüberschreitungen nicht erfasst und geahndet werden.

Dass die Unfallfolgen bei Rotlichtverstößen und überhöhter Geschwindigkeit oft schwerer sind als bei anderen Unfallursachen belegt die Tatsache, dass 2016 ca. 10 % der Unfälle mit Personenschäden auf Rotlichtverstöße und überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen, aber dabei über 20 % der Verkehrstoten zu beklagen sind.

Rot-Rot-Grün hat sich vorgenommen, die Verkehrssicherheit deutlich zu steigern und deshalb auch die Verkehrsüberwachung zu verstärken. Dies soll durch mehr allgemeine Polizeikontrollen zur Verfolgung von Verkehrsverstößen, durch weitere stationäre kombinierte Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen sowie über die Erhöhung der Einsatzzeiten der mobilen Blitzer erfolgen.

Berlin, d. 04. Dezember 2018

Saleh Buchholz Schopf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf H. Wolf Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Moritz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen